

«Der Stadtrat mauert und sitzt alles aus»

Geschlagene drei Jahre brauchte der Stadtrat, um aufzuzeigen, dass er keine grundlegende Verwaltungsreform angehen will. Fazit der Kritiker aus allen Parteien ausser der SP: Es entstünden im Gegenteil neue Fachstellen und Koordinationsabteilungen, das Parlament werde nicht ernst genommen.

Lorenz Steinmann

In einem sind sich praktisch alle Parteien einig. Obwohl der Gemeinderat will, dass der Stadtrat von Zürich seine Verwaltungsabteilungen durchleuchtet und Synergien anstrebt, passiert fast nichts. Pointiert auf den Punkt bringt es Walter Angst von der AL: «Der Bericht hätte in einem Monat erstellt werden können und an den Gemeinderat zurückgespielt werden können. Es hätte nur einen Satz gebraucht: Wir wollen nicht.» Unzufrieden ist auch Markus Kunz, Fraktionspräsident der Grünen: «Die wesentlichen Herausforderungen werden nicht angepackt.» FDP-Stadtparteipräsident Severin Pflüger bläst ins gleiche Horn: «In der Stadtverwaltung hat sich nichts getan.» Pflüger kritisiert «die langwierigen Bewilligungsprozesse», bei welchen eine Unzahl von Departementen und Abteilungen mitwirken. Und: «Projektkoordinatoren sind zu einer grossen Berufsgruppe geworden, die primär sich selbst beschäftigten. Hinzu kommt eine Heerschar von Beratern und Beauftragten, die alle um Einfluss und Anerkennung ringen.»

«Eigentliche Arbeitsverweigerung»

Susanne Brunner, Vizepräsidentin der Stadtzürcher SVP, stellt fest: «Dass alle Parteien im Gemeinderat dieses Postulat unterstützt haben, ist ein starkes Zeichen an den Stadtrat. Was er nun vorlegt, kommt einer eigentlichen Arbeitsverweigerung gleich.» Was vorliegt vom Stadtrat, verdient den Namen «Verwaltungsreform» nicht. «Die 16-seitige Antwort des Stadtrats zeigt, dass die Stadträtinnen und Stadträte das Parlament nicht ernst nehmen», so Brunner, die sich einen Namen im Kampf gegen die «genderechte» Sprache im Gemeinderat gemacht hat.

Die Grünliberale Partei (GLP) schreibt: «Enttäuschend ist untertrieben. Obschon bei allen Parteien Einigkeit herrscht, dass die Verwaltungsstrukturen und die Aufgabenverteilung im Stadtrat überdacht und revidiert werden müssen, mauert der Stadtrat und sitzt alle Vorstösse aus.»

Ähnlich tönt es von den kleineren Parteien wie der EVP und «Die Mitte». Ernst Danner von der EVP: «Die meisten Reformen haben bisher zu Stellenvermehrungen geführt, was nicht das Ziel sein kann.»

Und Karin Weyermann, Präsidentin von «Die Mitte» Stadt Zürich, der ehemaligen CVP: «Der Stadtrat führt kosmetische



Diese sieben Männer und zwei Frauen, welche aktuell den Stadtrat von Zürich bilden, bekommen von den Parteien mit Ausnahme der SP schlechte Noten, wenn es um den Reformwillen in der Stadtverwaltung geht.

BILD ZVG

Überprüfungen und kleine Verschiebungen in der Antwort auf.» Auf die Frage, welche Departemente, Dienstabteilungen und Ämter zusammengelegt werden könnten, sind die angefragten Parteien durchaus kreativ – mit Ausnahme der SP, doch davon später.

Severin Pflüger (FDP) ortet Potenzial bei der Mobilität. Es gebe in vier Departementen Mobilitätsspezialisten, welche unabhängig voneinander am selben arbeiten. «Das macht keinen Sinn», so Pflüger. Die Liste lasse sich Energiespezialisten etc., die redundant über diverse Abteilungen verteilt sind, beliebig erweitern, ist Pflüger überzeugt. «Gesetzt der Fall, die Volksinitiative «7 statt 9 Stadträte» wäre durchgekommen vor drei Jahren, welche Departemente sollte man aus Ihrer Sicht zusammenlegen?» – «Nun, das ist spekulativ. Heute würde ich das Präsidialdepartement und das Gesundheits- und Umweltdepartement GUD aufheben und deren Aufgaben auf die anderen Departemente verteilen», schlägt Gemeinderat Pflüger vor.

Walter Angst von der Alternativen Liste stört sich an neuen Fachstellen für die strategische Steuerung, welche die Zusammenarbeit koordinieren sollen. «Das trifft auf die Steuerung der Netto-null-

Strategie zu, wo im Gesundheits- und Umweltdepartement eine neue Fachstelle gegründet wurde, und es trifft auf die Digitalisierung zu, wo bei der Stadtentwicklung im Präsidialdepartement eine neue Abteilung aufgebaut wurde. Die neue Fachstelle Wärme beim Departement der Industriellen Betriebe, soll die thermischen Netze von ERZ Fernwärme, EWZ und Energie 360 Grad koordinieren.» Zudem fordert Walter Angst die Zusammenlegung der Alters- und Pflegezentren.

Die Grünen sehen ebenfalls bei der Energiepolitik Handlungsbedarf. «Im Moment sind drei Anbieter der Stadtverwaltung daran, sich unnötig zu konkurrieren. Drei Departemente kümmern sich um die Energieversorgung der Stadt – oder eben nicht. Hier wären mutige Schritte nötig. Auch das zweite wichtige Feld der Klimapolitik, der Verkehr, ist viel zu verzettelt», urteilt Markus Kunz.

Teilprivatisierung EWZ?

Die GLP mit Sprecher Stefan Mühlemann, dem Initianten der «7 statt 9 Stadträte»-Initiative, schlägt das «von allen Parteien befürwortete Prinzip» vor, dass eine Dienstabteilung für ein Thema zuständig sei. Zudem sieht die GLP die Überführung gewisser Verwaltungseinheiten in öffent-

lich-rechtliche Anstalten (Stadtspitäler, Elektrizitätswerk) vor. «Dadurch wird die Verwaltung schlanker, während die ausgelagerten Betriebe an Agilität und Flexibilität gewinnen», findet Mühlemann. Als Möglichkeiten, Ämter zusammenzulegen, sieht er zum Beispiel Baubewilligungen Tiefbau und Hochbau, Immobilienportfolio Stadt Zürich, Energie und Umweltschutz.

Punkto Zusammenlegung von Departementen sagt Karin Weyermann (Die Mitte), dass man das Sozialdepartement und die Gesundheit sowie Hochbau und Tiefbau zusammenlegen könnte.

SP will abwarten

Und was meint eigentlich die SP? Davy Graf, Fraktionspräsident der seit Jahrzehnten mächtigsten Partei im Gemeinde- und im Stadtrat, möchte sich nicht sehr konkret zu den Fragen dieser Zeitung äussern. «Die Weisung wird aktuell in der Kommission behandelt, daher wollen wir noch keine Wertung machen.» Nur so viel: «Die Verwaltungsentwicklung ist eine Daueraufgabe», teilt Graf mit.

Das hörte man schon vor der «7 statt 9 Stadträte»-Abstimmung – etwa von Parteikollegin und seit 2009 amtierender Stadtpräsidentin Corine Mauch.

Das hat der Stadtrat laut eigenen Angaben erreicht

«Die Zusammenarbeit über die Dienstabteilungs- und Departementsgrenzen hinaus wurde in den vergangenen Jahren stetig gestärkt und funktioniert gut», schreibt der Stadtrat in seiner Antwort auf einen gemeinderätlichen Vorstoss von SP, Grüne und AL vom 28. Februar 2018. Er listet in seiner Antwort vom Juni 2021 als Reorganisationsbeispiele auf, dass die städtischen Bäder 1999 vom Gesundheits- und Umweltdepartement in das Schul- und Sportdepartement überführt wurden. 2000 wechselten die Sanitätsdienste in das damalige Polizeidepartement und die Asylorganisation wurde 2005 in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich AOZ umgewandelt und ausgliedert.

1998: Entsorgung + Recycling

Dazu kommen laut dem Stadtrat folgende Anpassungen: Schaffung eines Bevölkerungsamts durch die Zusammenlegung des Bestattungs- und Friedhofamts, der Einwohner- und Fremdenkontrolle (neu Personenmeldeamt) und des Zivilstandsamtes in der Präsidialabteilung (1995). Erprobung Globalbudgets (1995). Schaffung einer Fachstelle für Stadtentwicklung (unter Umorganisation des damaligen Stadtplanungsamts) und Schaffung einer Anlauf- und Koordinationsstelle Wirtschaft, heute Wirtschaftsförderung in der Dienstabteilung Stadtentwicklung (1997). Schaffung der Dienstabteilung Entsorgung + Recycling (1998). Zusammenlegung des Waldamts und des Gartenbauamts zur Dienstabteilung Grün Stadt Zürich (2001).

Ab 2017 Kreisbüros zentralisiert

Neuorganisation Sozialdepartement («Chance SD») in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre. Fusion der Fachstelle für interkulturelle Fragen und der Anlauf- und Koordinationsstelle Wirtschaft mit der Fachstelle für Stadtentwicklung (2005). Zusammenlegung des «Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann» (PRD) und der «Fachstelle für Frauenfragen» (FD) zur Fachstelle für Gleichstellung (2005). Ablösung WoV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung) und Überführung des Pilotbetriebs in einen definitiven Betrieb (2007). Definitive Verankerung der Globalbudgets (2010). Neuausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die schulische Integration und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Führung im Schulwesen der Stadt Zürich (2017). Zentralisierung der Kreisbüros (2017–2024). (Is.)

Initiative als politische Initialzündung

Stefan Mühlemann zog die Volksinitiative «7 statt 9 Stadträte» fast im Alleingang durch. Der damals Parteilose ist mittlerweile bei der GLP gelandet und vielseitig tätig, etwa als Präsident des Silvesterlaufs und als Verwaltungsrat des Schauspielhauses.

«Meine Lebensaufgabe ist es nicht», lacht Stefan Mühlemann. Er bezieht sich dabei auf sein politisches Gesellenstück, die Lancierung inklusive Abstimmungskampf der Volksinitiative «7 statt 9 Stadträte», die fast vor genau drei Jahren an die Urne kam. Lediglich 38 Prozent der Stimmentenden folgte der Idee von Mühlemann, die Verwaltung zu verschlanken und fit für die Zukunft zu machen. «Mir ist es wichtig, dass die Verwaltung nicht grösser und grösser wird, aber nun setze ich mich dafür ein, dass Zürich als Wirtschafts- und Bildungsstandort gestärkt wird», sagt der 48-Jährige. Dazu komme der dringend nötige ökologische Umbau. Die Verursacher sollen die Kosten tragen. Zudem will Mühlemann nicht, dass Zürich zu einem Ballenberg wird. Sprich: Der Denkmalschutz soll etwa beim Thema Solarpanel nicht mehr prioritär sein. Das

tönt recht stark nach GLP und tatsächlich ist Stefan Mühlemann dieser Mitte-Partei vor gut einem Jahr beigetreten. Die «7-statt-9»-Initiative zog er noch als Parteiloser und fast im Alleingang durch. Es war wie eine Initialzündung für Mühlemann.

«Fortschrittlich-progressiv»

«Mir gefällt die GLP, weil sie fortschrittlich-progressiv ist, zudem ist sie nicht monothematisch.» Mühlemann ist gleich als Vizepräsident der Stadtpartei eingestiegen. Nun agiert er gar als Wahlkampfleiter, und er kandidiert als Gemeinderat im Wahlkreis 6 für die Wahlen vom Februar 2022.

War das nicht ein allzu forscher Einstieg in die Parteipolitik? «Ich bin gut aufgenommen worden», sagt der verheiratete Vater von zwei Buben und einem Mädchen im Alter von 11 bis 14 schmunzelnd. Zu seiner Akzeptanz trug wohl bei, dass er sofort den nicht unbedingt beliebten Knochenjob als Wahlkampfleiter übernahm. Positiv ist zudem, dass der studierte HSG-Ökonom gut auf Menschen eingehen kann und ein bemerkenswert breites Netzwerk pflegt.

Er arbeitet mehrere Jahre in Mittelamerika, etwa als Finanzchef für Nestlé in Peru. Dann war er Finanzchef der Gastrogruppe Candrian, seit dem 1. Mai ist er Ge-



«Zürich soll nicht zu einem Ballenberg werden.»

Stefan Mühlemann
Initiant «7 statt 9 Stadträte»

schaftsführer der Zurich International School mit dem grössten Schulcampus in Adliswil.

Dazu ist er seit drei Jahren Präsident des Zürcher Silvesterlaufs. Das passt darum, weil Mühlemann ein passionierter Läufer ist. «Ich mache gerne Bergläufe wie den Jungfrau-Marathon oder Sierre-Zinal», sagt er. Seine Marathon-Bestzeit beträgt immerhin 2 Stunden 53 Minuten, wobei er das nicht an die grosse Glocke hängt und erst auf Nachfrage herausspricht. Stefan Mühlemann ist erstaunlich vielseitig. Er interessiert sich auch für Kul-

tur. Er sitzt im neunköpfigen Verwaltungsrat des Schauspielhauses und ist dort zuständig für die Finanzen und das Audit. Mühlemann ist also quasi die Prüfstelle für die ganzen Abläufe.

«Zeitreise» unter dem Arm

Trotz dieser geballten Ladung an Aufgaben und Ämter wirkt der Musikliebhaber mit riesiger Schallplattensammlung beim Gespräch ziemlich tiefenentspannt, dafür umso interessierter und bestens informiert. Gegenüber der «NZZ» bekannte er sich einmal als «Newsjunkie». Beim Treffen im Kafi am Schaffhauserplatz erscheint Mühlemann mit einem Buch unter dem Arm. Es ist die Autobiografie von Journalist Stefan Aust: «Zeitreise». Aust leitete von 1994 bis 2008 die Redaktion des Spiegels und ist heute Herausgeber der Tageszeitung «Die Welt».

Das ist typisch für Stefan Mühlemann. Er interessiert sich für Menschen, auch wenn sie nicht unbedingt seinem Weltbild entsprechen. Am Beispiel von Aust ist dies die Wandlung vom Chefredakteur des eher progressiven «Spiegels» zum Verleger der konservativen Tageszeitung «Die Welt».

So wie es scheint, wird man vom «Jungpolitiker» künftig in der Zürcher Politik noch einiges hören. Lorenz Steinmann

ANZEIGE



**Damit Ihr Miet-
haus Miethaus
bleibt**

Bei uns kann die Mieterschaft nach dem Kauf Ihrer Liegenschaft bleiben.
043 322 14 14

pwg.ch

Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich